

P3 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

1 Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und
2 Informationsfreiheitsgesetz

3 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
4 Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das
5 Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bislang ist es schwer für
6 Bürger*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Mit unserem Transparenz- und
7 Informationsfreiheitsgesetz führen wir eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der
8 Verwaltung ein und ergänzen so das Recht auf Akteneinsicht. Die Auskunft auf Antrag bleibt
9 aber möglich, gerade für die Informationen, die nicht veröffentlicht werden müssen. Die
10 Veröffentlichungspflicht soll für Behörden gelten, aber auch für Landesbetriebe und private
11 Unternehmen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist. Das gilt insbesondere für alle
12 Verträge, an denen ein öffentliches Interesse besteht – vor allem Privatisierungsverträge –
13 sowie Gutachten und Studien, die beispielsweise der Vorbereitung behördlicher Entscheidungen
14 dienen. Dabei achten wir darauf, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie der
15 Entscheidungsprozess von Regierung und Verwaltung soweit wie nötig geschützt und der
16 Datenschutz gewahrt werden. Der Zugang zu den Informationen soll frei und anonym und die
17 Nutzung und Weiterverarbeitung kostenlos möglich sein. Die Berliner Datenschutzbeauftragte
18 wird als Beauftragte für Datenschutz, Transparenz und Informationsfreiheit in Zukunft auch
19 über die Einhaltung dieses Gesetzes wachen.